

# Transparenz bemängelt

## Podiumsdiskussion um Bergschäden an Häusern

60 Bürger beteiligten sich an der Diskussionsrunde zwischen Vertretern von RWE Power, der Bürgerverbände und des BUND.

VON ANJA MUSICK

**Elsdorf-Neu-Etzeiler** - Die Debatte ähnelt einer Diskussion am heimatischen Abendbrotisch zwischen Eltern und Kindern: Die Rollen sind klar verteilt, die Argumente sind bekannt und von Anfang an ist klar, welche Akteure welche Interessen verfolgen.

Auf der einen Seite sitzen die Vertreter von RWE Power und dem Erftverband: Man halte sich an Gesetze, das Handeln der Unternehmen sei transparent, Verbände und

Institutionen kooperierten gut mit den Bürgern, so ihre Argumente.

Auf der anderen Seite sitzen Vertreter der Bürgerverbände, des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und der rund 60 anwesenden Bürger – mit einhelliger Meinung: Die bergbaugeschädigten Bürger hätten immer das Nachsehen, gegen Riesenkonzerne habe der Bürger wenig Chancen, und das Bergbaugesetz, das immer den Unternehmen grünes Licht gebe, müsse geändert, wenn nicht sogar abgeschafft werden.

Bei der vom Netzwerk Bergschäden initiierten Podiumsdiskussion in der Bürgerhalle in Neu-Etzeiler ging es um Bergschäden durch den Braunkohletagebau. Ob alle Informationen auch weitergegeben wür-

den, wollte Moderator Stefan Pesch wissen. „Wir händigen alle Untersuchungsergebnisse aus und wenn sie nicht das eigene Anwesen betreffen, können sie zumindest eingesehen werden“, sagte Alois Herbst von RWE Power. Das Unternehmen selektiere Daten und versuche zu manipulieren, fand dagegen Viktor Rössler aus Heppendorf vom Netzwerk Bergschäden. Er sei selbst betroffen, sein Haus und viele andere hätten Risse. „Das können doch nicht alles Bauschäden sein. Die Häuser sind doch in unterschiedlichen Jahren von unterschiedlichen Bauherren errichtet worden.“

An eine Transparenz glaubte auch Klaus Friedrich vom Landesverband der Bergbaubetroffenen Steinkohle nicht. „Wer sich beim auftretenden Schäden nur an das Bergbauunternehmen wendet, der hat schon verloren.“ Beim Steinkohlebergbau gebe es jetzt eine unabhängige Schlichtungsstelle, da sollten die Braunkohle fördernden Unternehmen doch auch beitreten. Dann sei es Bürgern möglich, ein aussagekräftiges Bergbaugutachten ohne Kosten über die Schlichtungsstelle einzufordern

Was die Senkung des Grundwassers anbelange, ein Grund für Setzrisse in Häusern, gebe es derzeit eine Ruhephase und daher eine stabile Situation, sagte Dr. Bernd Bucher vom Erftverband. Dirk Jansen vom BUND erinnerte daran, dass die unvorhergesehenen Grundwassereinträge, etwa der von 1997 im Tagebau Hambach, zeigten, dass niemand die Situation wirklich im Griff habe. „Vielleicht wird ja alles nur noch schlimmer.“

Dass das Bergbaugesetz Grund allen Übels sei, fanden viele Menschen an diesem Abend. „Das Bergrecht bricht das Grundrecht“, sagte Friedrich. „Wir müssen es schaffen, die Beweislast umzukehren.“ Dann müsse das Bergbauunternehmen beweisen, dass es den Schaden nicht angerichtet habe.



*Moderator Stefan Pesch (stehend) hat das Mikrofon an eine Bürgerin weitergereicht, die keine gute Erfahrungen mit dem Bergbauunternehmen gemacht hat.*

BILD: MUSICK